

# KURZ UND BÜNDIG

## KREISSCHREIBEN DES SYNODALRATS

### EN BREF

CIRCULAIRE DU CONSEIL SYNODAL

#### REFERENDUMSPFLICHTIGER BESCHLUSS; 2. LESUNG; TEILREVISION

### Kirchenordnung vom 11. September 1990 (KES II.020)

Anlässlich der Sommersession vom 20./21. Mai 2019 beschloss die Synode – im Rahmen des Traktandums 7 – in zweiter Lesung:

1. die Teilrevision der Kirchenordnung (KES II.020);
2. dass in der Kirchenordnung der Begriff «innerkirchlich» durch «kirchlich» ersetzt wird;
3. dass die Änderungen gemäss Ziffer 1 und 2 vorbehaltlich eines Referendums auf den 1. Januar 2020 in Kraft zu setzen sind.

Mit dem Inkrafttreten des Landeskirchengesetzes per 1. Januar 2020 wird sich das Verhältnis «Kirche–Staat» in verschiedenen Bereichen grundlegend wandeln. Dort, wo die Kirchenordnung noch von den bisherigen staatskirchenrechtlichen Verhältnissen ausgeht, gilt es eine entsprechende Anpassung an die veränderten Verhältnisse vorzunehmen. Der Umstand, dass verschiedene Kompetenzen auf die Landeskirche übergehen werden, führt ausserdem dazu, dass in die Kirchenordnung neue Regelungen aufgenommen werden müssen.

#### **Folgende Änderungen und Anpassungen wurden beschlossen:**

##### **a) Kirchensteuern (Art. 90 Abs. 3, «Kirche Bern»)**

Die Steuereinnahmen juristischer Personen werden künftig für jene Aufgaben zur Verfügung stehen, die nicht spezifisch «kirchlich» sind und beispielsweise ebenso gut vom Staat erfüllt werden könnten. Entsprechend dürfen Kirchensteuern juristischer Personen nicht für kultische Zwecke verwendet werden (negative Zweckbindung).

##### **b) Kirchenkreise (Art. 107)**

Das Landeskirchengesetz gestattet den Kirchgemeinden die dezentrale Organisation in Kirchenkreise. Anders als in der geltenden Kirchenordnung vorgesehen ist, wird diese Option nicht nur den «grossen» Kirchgemeinden

offenstehen. Die Kirchgemeinde muss die Kirchenkreise im Organisationsreglement verankern.

##### **c) Pfarrstellen (Art. 126, 128, 135)**

Während heute der Beauftragte für kirchliche Angelegenheiten über die konkrete Zuordnung der Pfarrstellen entscheidet, wird hierüber künftig die Landeskirche befinden. Es wurde beschlossen, dass die Synode die entsprechenden Vorgaben formuliert, die konkrete Zuordnung aber durch den Synodalrat oder eine von ihm bezeichnete Kommission erfolgt.

Das geltende Kirchenrecht kennt Regelungen zu den Teilzeitpfarrstellen in Kirchgemeinden. Entsprechend der Kompetenznorm in der Kirchenordnung beziehen sich diese aber einzig auf kirchgemeindeeigene Pfarrstellen. Die betreffende Kompetenzgrundlage muss daher etwas breiter formuliert werden, damit der Geltungsbereich des betreffenden Erlasses auf alle Teilzeitpfarrstellen ausgedehnt werden kann.

##### **d) Pfarrdienstrecht (Art. 129, 133)**

Die rechtliche Stellung der Pfarrerinnen und Pfarrer richtet sich künftig primär nach kirchlichem Recht; das Landeskirchengesetz gibt im Kanton Bern nur noch einen gewissen Rahmen vor. Die in der Kirchenordnung enthaltenen Hinweise auf das staatliche Recht gilt es daher abzulösen. Das von der Synode im Sommer 2018 beschlossene Personalreglement für die Pfarerschaft setzt diese Vorgabe um. Nach dem Landeskirchengesetz gilt zudem sinngemäss die Personalgesetzgebung des Kantons Bern, soweit die Landeskirche keine eigenen Bestimmungen erlassen hat.

##### **e) Regionalpfarrer/innen (Art. 151a, 202)**

Die Regionalpfarrerinnen und -pfarrer sind heute in innerkirchlichen Belangen der fachlichen Leitung durch die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn unterstellt. Mit Inkrafttreten des Landeskirchengesetzes gehen sie um-

fassend in die kirchliche Verantwortung über. Eine wichtige Funktion nehmen die Regionalpfarrerinnen und -pfarrer etwa in Konflikten wahr, die eine Kirchgemeinde nicht selbst zu lösen vermag, oder sie wirken unterstützend im gesamten Personalprozess. Zudem werden sie auch künftig Stellvertretungen übernehmen können.

#### **f) Zuständigkeiten der Synode und des Synodalrats (Art. 168, 175 f.)**

Aufgrund des neuen Landeskirchengesetzes haben die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn nicht nur die Ergänzungswahlen, sondern auch die Gesamterneuerungswahlen in die Synode zu ordnen und ein Datenschutzreglement zu erlassen.

Sodann gilt wie bisher, dass die Synode gegenüber dem Kanton Bern das kirchliche Vorberatungs- und Antragsrecht bei Gesetzen und Konkordaten ausübt, von denen die Kirche unmittelbar betroffen ist. In allen anderen, namentlich in allen Verwaltungsangelegenheiten, ist weiterhin der Synodalrat zuständig.

Nach dem neuen Landeskirchengesetz richtet sich die vermögensrechtliche Verantwortlichkeit der Landeskirchen nach dem Modell der Staatshaftung. Geschädigte können die den Schaden verursachenden landeskirchlichen Behörden oder Mitarbeitenden nicht direkt belangen, sondern müssen sich mit einem Entschädigungsbegehren an die Landeskirche wenden.

#### **g) Kirchliche Datenschutzaufsichtsstelle (Art. 177a Abs. 5)**

Mit Inkrafttreten des neuen Landeskirchengesetzes werden die Landeskirchen verpflichtet sein, für ihren Bereich eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz einzurichten. Diese Stelle überwacht insbesondere die Anwendung der Vorschriften des Datenschutzes und ist für das Register der Datensammlungen verantwortlich. Ihre Tätigkeit erstreckt sich grundsätzlich auch auf die kirchlichen Bezirke.

Da die Datenschutzaufsichtsstelle unabhängig sein muss, kann sie nicht bei den gesamtkirchlichen Diensten angesiedelt werden. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wählt eine externe Beauftragte oder einen externen Beauftragten für den Datenschutz.

Im Datenschutzreglement der Synode wird das Nähere zur Datenschutzaufsichtsstelle im Rahmen der kantonalen Vorgaben geregelt.

#### **h) Rekurskommission (Art. 183)**

Die Rekurskommission wird in der Kirchenverfassung verhältnismässig offen umschrieben. In der Kirchenordnung indes finden sich hierzu konkrete Festlegungen. Die betreffende Formulierung gilt es auf das neue Landeskirchengesetz abzustimmen. Diese Anpassungen bilden einen rein rechtstechnischen Nachvollzug an die geänderte kantonale Rechtslage.

#### **i) Finanz- und Vermögensverwaltung (Art. 189, 192a)**

Die bernische Landeskirche erhält künftig Kantonsbeiträge, die zur Finanzierung der Löhne von Pfarrerinnen und

Pfarrern verwendet werden. Die Mittel der Kirche dienen somit auch der Pfarrbesoldung, weswegen die Auflistung in Art. 189 Abs. 1 der Kirchenordnung entsprechend zu ergänzen ist.

Für die von der bernischen Landeskirche, ihren kirchlichen Bezirken und Kirchgemeinden erbrachten Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse wird der Kanton Bern nach dem neuen Landeskirchengesetz Beiträge sprechen («zweite Säule»). Insbesondere in der ersten Beitragsperiode dienen diese der Weiterführung des bisherigen Kultusbudgets. Danach wird der Kanton die entsprechenden Beiträge auf der Grundlage von kirchlichen Berichten sprechen. Zur Umsetzung des neuen Mechanismus erweist es sich daher als erforderlich, dass die Kirchgemeinden und Bezirke in die Berichterstattung über die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirche eingebunden werden. Das Nähere wird in einer Verordnung des Synodalrats geregelt.

#### **j) Kirchendienst (Art. 195 f.)**

Artikel 195 Absatz 3 und Artikel 196 der Kirchenordnung gilt es an die veränderte Zuständigkeitsordnung anzupassen. Künftig wird nicht mehr der Kanton, sondern der Synodalrat über die Aufnahme in den Kirchendienst befinden. Er fällt die Aufnahmeentscheide auf Antrag der zuständigen Stellen (insbes. kirchlicher Ausbildungsrat). Zudem wird die Kirche die Einzelheiten zur Aufnahme in den Kirchendienst selbst regeln können.

Die bernischen Anstellungsvoraussetzungen müssen auch jurassische Pfarrerinnen und Pfarrer erfüllen, die ins kantonbernische Kirchengebiet wechseln. Daher lässt sich nicht mehr generell festlegen, dass die Aufnahme in den Kirchendienst der einen Kirche des Synodalverbandes als Rechtsgrundlage für die Aufnahme in den Kirchendienst der anderen gilt. Es ist demnach ein Aufnahmeentscheid auch in diesen Fällen erforderlich. In sinngemässer Entsprechung einer Festlegung in der «Äusseren Jura-Konvention» sollen diesfalls aber Verfahrenserleichterungen gelten.

Der Synodalrat oder der Kirchenrat muss Pfarrerinnen und Pfarrer auch wieder aus dem Kirchendienst streichen können, wenn diesen für eine längere Dauer oder auf unbestimmte Zeit wesentliche Rechte aus der Ordination entzogen worden sind. Das Nähere ist in einer Verordnung des Synodalrats geregelt.

#### **k) Gemeinderechtliche und redaktionelle Anpassungen**

*1) Anpassungen ans Gemeinderecht (Art. 88 f., Art. 90, 108, 119, 176, 189, 192, 204a)*

Die laufende Revision der Kirchenordnung wird dazu genutzt, verschiedene Begriffe an die geänderten Begriffe der bernischen Gemeindegesetzgebung anzupassen. Dies betrifft etwa die Angleichung an die Terminologie von HRM2 (vgl. z.B. Art. 88 f., Art. 176 Abs. 5 und Art. 189). Eine Bestimmung zur Verwendung des Eigenkapitals (Art. 90 Abs. 2) ist zudem vor dem Hintergrund der HRM2-Vorgaben präziser zu formulieren. Zudem wird künftig der Finanz-

ausgleich als Spezialfinanzierung in die Synoderechnung integriert werden (Art. 192 Abs. 3).

2) *Redaktionelle Anpassungen (insbes. Art. 3, 90, 105, 108, 119, 163, 168, 175, 192)*

Das neue Landeskirchengesetz vermeidet den Begriff der «innerkirchlichen» Angelegenheiten, um die gestiegene Autonomie und Selbständigkeit der Landeskirchen besser abzubilden. Entsprechend wurde beschlossen, dass auch in der Kirchenordnung anstelle «innerkirchlich» die Bezeichnung «kirchlich» gewählt wird. Die Revision bietet ausserdem Gelegenheit zu verschiedenen weiteren, redaktionellen Präzisierungen, die aber keine materiellen Änderungen zur Folge haben.

Der Beschluss zur Teilrevision der Kirchenordnung steht unter dem Vorbehalt, dass vom Referendum kein Gebrauch gemacht wird.

Das Referendum kann ergriffen werden

- a) von mindestens 20 000 in kirchlichen Angelegenheiten stimmberechtigten evangelisch-reformierten Kirchenmitgliedern, oder
- b) von mindestens 20 evangelisch-reformierten Kirchgemeinden, welche jede für sich in gesetzmässig einberufener und abgehaltener Kirchgemeindeversammlung einen dahingehenden Beschluss gefasst haben, oder
- c) von der jurassischen Kirchenversammlung.

Das Referendumsbegehren ist bis zum 31. Oktober 2019 zuhanden des Synodalrats des Evangelisch-reformierten Synodalverbandes Bern-Jura, Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22, einzureichen.

Rechtsgrundlage: Art. 18 Buchst. a und Art. 23 der Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern vom 19.3.1946 (KES 11.010) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 Buchst. a und Art. 10 der «Jura-Konvention» vom 16.5./14.6.1979 (KES 71.120).

## F 2<sup>E</sup> LECTURE; RÉVISION PARTIELLE Règlement ecclésiastique du 11 septembre 1990 (RLE 11.020);

Dans le cadre de sa session d'été des 20/21 mai 2019, le Synode a, au point 7 de son ordre du jour:

1. adopté la révision partielle du Règlement ecclésiastique (RLE 11.020);
2. décidé de remplacer dans le présent Règlement les termes «ecclésial interne», «interne de l'Eglise» et «intérieure» par les termes «ecclésial», «de l'Eglise» et «ecclésiastique»;
3. adopté les modifications prévues aux chiffres 1 et 2 au 1<sup>er</sup> janvier 2020, sous réserve d'un référendum.

L'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur les Eglises nationales au 1<sup>er</sup> janvier 2020 va modifier fondamentalement les rapports entre l'Eglise et l'Etat dans différents domaines. Il convient d'adapter à ces nouvelles conditions les parties

du Règlement ecclésiastique qui se réfèrent encore aux anciens rapports juridiques entre Eglise et Etat. Le fait que différentes compétences passent en mains de l'Eglise nationale amène celle-ci à devoir intégrer dans le Règlement ecclésiastique de nouvelles dispositions.

### Les modifications et adaptations suivantes ont été adoptées:

#### a) Impôt ecclésiastique (art. 90 al. 3, «Eglise Berne»)

Les recettes de l'impôt des personnes morales ne pourront être attribuées qu'aux tâches qui ne sont pas spécifiquement «ecclésiastiques» et qui pourraient par exemple tout aussi bien être accomplies par l'Etat. Les impôts ecclésiastiques provenant des personnes morales ne doivent par conséquent pas être utilisés à des fins culturelles (affectation négative).

#### b) Secteurs paroissiaux ou ecclésiaux (art. 107)

La loi sur les Eglises nationales autorise les paroisses à s'organiser de manière décentralisée en secteurs paroissiaux ou ecclésiaux. Contrairement à ce que prévoit le Règlement ecclésiastique actuel, cette option n'est pas uniquement réservée aux «grandes» paroisses. La paroisse doit inscrire ces entités dans son règlement d'organisation.

#### c) Postes pastoraux (art. 126, 128, 135)

Alors qu'actuellement le délégué aux affaires ecclésiastiques décide de l'attribution concrète des postes pastoraux, cette décision reviendra à l'avenir à l'Eglise nationale. Il est proposé que le Synode formule les directives correspondantes, mais que le Conseil synodal ou une commission qu'il aura désignée (p. ex. sur le modèle de l'actuelle commission de planification des postes pastoraux) procède à l'attribution effective.

Le droit ecclésiastique en vigueur régit les postes pastoraux à temps partiel dans les paroisses. Conformément aux compétences définies dans le Règlement ecclésiastique, ces réglementations se rapportent cependant uniquement aux postes pastoraux propres à une paroisse. La base qui définit les compétences en question doit donc être formulée de manière plus ouverte afin que le champ d'application des actes concernés puisse s'étendre à tous les postes pastoraux à temps partiel.

#### d) Droit du service pastoral (art. 129, 133)

Le statut juridique des pasteurs et pasteuses sera à l'avenir avant tout basé sur le droit ecclésiastique; la loi sur les Eglises nationales dans le canton de Berne ne définit qu'un certain cadre. Il faut donc remplacer les références au droit cantonal contenues dans le Règlement ecclésiastique. Le Règlement du personnel pour le corps pastoral que le Synode a arrêté en été 2018 met en œuvre cette directive. En outre, la loi sur les Eglises nationales stipule que la législation cantonale bernoise en matière de personnel s'applique par analogie dans la mesure où l'Eglise nationale n'a édicté aucune disposition propre.

#### **e) Pasteures et pasteurs régionaux (art. 151a, 202)**

Actuellement, les pasteures et pasteurs régionaux sont placés sous la direction professionnelle des Eglises réformées Berne-Jura-Soleure en ce qui concerne les affaires internes de l'Eglise. Avec l'entrée en vigueur de la loi sur les Eglises nationales, ils passeront complètement sous la responsabilité de l'Eglise. Les pasteures régionales et pasteurs régionaux assument une fonction importante – par exemple dans les situations de conflit qu'une paroisse ne peut résoudre elle-même – ou agissent dans le sens d'un soutien dans des processus relatifs au personnel. Ils devront à l'avenir également assumer des remplacements.

#### **f) Compétences du Synode et du Conseil synodal (art. 168, 175 s.)**

En raison de la nouvelle loi sur les Eglises nationales, les Eglises réformées Berne-Jura-Soleure ne doivent plus seulement ordonner les élections complémentaires, mais également les élections de renouvellement général du Synode.

Par ailleurs, comme jusqu'à présent, le Synode exerce son droit ecclésiastique de préavis et de proposition à l'égard du canton en matière de lois et concordats qui concernent directement l'Eglise. Le Conseil synodal continue d'exercer toutes les autres compétences notamment en matière d'administration.

D'après la nouvelle loi sur les Eglises nationales, la responsabilité civile des Eglises nationales se calque sur le modèle de la responsabilité de l'Etat. Les personnes lésées ne peuvent pas attaquer directement les autorités ou les collaborateurs ecclésiastiques à l'origine des dommages, mais doivent procéder par une demande d'indemnité adressée à l'Eglise nationale.

#### **g) Autorité ecclésiastique de surveillance de la protection des données (art. 177a al. 5)**

L'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur les Eglises nationales oblige ces dernières à instaurer une autorité de surveillance de la protection des données pour leur domaine. Cet organe surveille en particulier l'application des prescriptions en matière de protection des données et est responsable du registre du recueil des données. Son activité s'étend en principe également aux arrondissements ecclésiastiques.

Etant donné que l'autorité de surveillance de la protection des données doit être indépendante, elle ne peut être intégrée au sein des services généraux de l'Eglise. La commission de contrôle de gestion (CEG) élit un chargé ou une chargée externe de la protection des données.

Le règlement sur la protection des données du Synode règle plus en détail la question de l'autorité de surveillance de la protection des données dans le cadre des directives cantonales.

#### **h) Commission des recours (art. 183)**

La description de la commission des recours est relativement vague dans la Constitution de l'Eglise. Le Règlement ecclésiastique propose cependant quelques définitions concrètes. Il convient d'harmoniser leur formulation avec

la nouvelle loi sur les Eglises nationales. Les présentes modifications relèvent donc d'une simple traduction juridique de la nouvelle législation cantonale.

#### **i) Gestion du patrimoine et des finances (art. 189, 192a)**

L'Eglise cantonale bernoise recevra à l'avenir des contributions cantonales qui seront utilisées pour financer les salaires des pasteures et pasteurs. Les ressources de l'Eglise servent ainsi également à rémunérer le corps pastoral, raison pour laquelle l'énumération figurant à l'art. 189 al. 1 du Règlement ecclésiastique doit être complétée en conséquence.

La nouvelle loi sur les Eglises nationales prévoit le versement par le canton de Berne de subventions pour les prestations d'intérêt général fournies par l'Eglise nationale bernoise, ses arrondissements ecclésiastiques et paroisses («second pilier»). Durant la première période de subventionnement, elles serviront en particulier à poursuivre l'actuel budget des cultes. Ensuite le canton versera les subventions correspondantes sur la base des rapports rendus par l'Eglise. La mise en œuvre des nouveaux mécanismes de financement requiert de solliciter auprès des paroisses et arrondissements des comptes rendus sur les prestations d'intérêt général de l'Eglise. Les détails sont réglés dans une ordonnance du Conseil synodal.

#### **j) Clergé (art. 195 s.)**

Il faut adapter l'article 195 alinéa 3 et l'article 196 du Règlement ecclésiastique à la nouvelle répartition des compétences. Dorénavant, ce n'est plus le canton, mais le Conseil synodal qui statuera sur l'agrégation au clergé (cf. ci-dessus, let. f). Il décidera des agrégations sur mandat des services compétents (en particulier le Conseil de formation de l'Eglise). En outre, l'Eglise pourra régler elle-même les détails relatifs à l'agrégation au clergé.

Les pasteures et pasteurs jurassiens qui viennent exercer leur ministère sur le territoire de l'Eglise bernoise doivent également satisfaire aux conditions d'engagement de l'Eglise bernoise. On ne peut donc plus établir l'équivalence absolue de l'agrégation entre les deux Eglises de l'Union synodale. Une décision d'agrégation au cas par cas est donc nécessaire. Par l'adoption d'une disposition équivalente à celle existant dans la Convention entre l'Eglise bernoise et l'Eglise du Jura concernant l'Union synodale, des procédures allégées peuvent être prévues.

Le Conseil synodal ou le Conseil de l'Eglise doivent également disposer de la compétence de prononcer la radiation des pasteures et pasteurs du clergé si ces derniers se sont vu retirer pour une durée indéterminée des droits essentiels liés à leur consécration. Les détails sont réglés dans une ordonnance du Conseil synodal.

#### **k) Adaptations rédactionnelles et au droit communal**

*1) Adaptations au droit communal (art. 88 s., art. 90, 108, 119, 176, 189, 192, 204a)*

La révision en cours du Règlement ecclésiastique offre l'opportunité d'adapter certains termes à la terminologie

modifiée de la législation communale bernoise. La révision en cours du Règlement ecclésiastique offre l'opportunité d'adapter certains termes à la terminologie modifiée de la législation communale bernoise. Une disposition relative à l'utilisation du capital propre (art. 90 al. 2) est en outre formulée plus précisément à cause des directives liées au MCH2. De plus, la péréquation financière peut à l'avenir être intégrée en tant que financement spécial dans les comptes du Synode (art. 192 al. 3).

2) *Adaptations rédactionnelles (en particulier art. 3, 90, 105, 108, 119, 163, 168, 175, 192)*

La nouvelle loi sur les Eglises nationales évite d'utiliser les termes d'affaires «internes de l'Eglise» pour mieux représenter l'autonomie accrue et l'indépendance des Eglises nationales. Par conséquent, il est proposé, également dans le Règlement ecclésiastique, de choisir les termes «ecclésial», «de l'Eglise» et «ecclésiastique» au lieu de «ecclésial interne», «interne de l'Eglise» et «intérieure». La révision offre également l'occasion d'apporter d'autres précisions rédactionnelles mais qui n'impliquent pas des modifications d'ordre matériel.

La décision concernant le crédit d'engagement est soumise à la réserve que personne ne fasse usage du référendum financier.

Le référendum peut être demandé

- a) par au moins 20 000 membres de l'Eglise réformée évangélique, possédant le droit de vote en matière ecclésiastique, ou
- b) par au moins 20 paroisses de l'Eglise réformée évangélique dont chacune en a décidé ainsi séparément, lors d'une assemblée de paroisse convoquée et menée conformément à la loi, ou
- c) par l'Assemblée de l'Eglise jurassienne.

La demande de référendum doit être déposée jusqu'au 31 octobre 2019 à l'attention du Conseil synodal de l'Union synodale réformée évangélique, Altenbergstrasse 66, case postale, 3000 Berne 22.

Bases légales: Art. 18 let. a et art. 23 de la Constitution de l'Eglise nationale réformée évangélique du canton de Berne, du 19 mars 1946 (RLE 11.010), en relation avec l'art. 6 al. 3 let. a et l'art. 10 de la «Convention jurassienne» du 16 mai / 14 juin 1979 (RLE 71.120).

## TOTALREVISION

# Reglement über den gesamtkirchlichen Finanzhaushalt (63.120)

Die rechtliche Grundlage betreffend Führung des Finanzhaushaltes und des Rechnungswesens stammt aus dem Jahr 1995. Sie regelt nur die Grundzüge des Rechnungswesens. Über die Führung des Finanzhaushalts enthält sie nur wenige Bestimmungen. Das Reglement vermag grundsätzlich den heutigen Anforderungen an die Haushaltsführung und an das Rechnungswesen nicht mehr zu genügen. Im Dezember 2016 hat der Synodalrat zudem beschlossen, die Rechnungslegung ab 1. Januar 2019 nach dem Harmonisierten Rechnungsmodell (HRM2) zu gestalten. Auch beeinflussen die neuen Aufgaben, welche sich aus dem neuen Landeskirchengesetz ergeben, die Haushaltsführung.

Diese unterschiedlichen neuen Rahmenbedingungen führen dazu, dass die rechtliche Grundlage betreffend Führung des gesamtkirchlichen Finanzhaushalts generell überarbeitet werden musste. In ihrer Sommersession beschloss die Synode daher, das totalrevidierte Reglement über den gesamtkirchlichen Finanzhaushalt rückwirkend auf den 1. Januar 2019 in Kraft zu setzen.

Nachfolgend werden die wesentlichsten Punkte des neuen Reglements erläutert:

- Die Ausgabenkompetenzen des Synodalrats für einmalige und wiederkehrende Ausgaben werden nicht erhöht (Art. 59 Abs. 1 Bst a und b).
- Die Kompetenz des Synodalrats für die Genehmigung von Zusatzkrediten und Nachtragskrediten für einmalige und wiederkehrende Ausgaben wird unter Einhaltung von Art. 17 Abs. 2 der Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche (KES 11.010) und unter Einbezug der bisheri-

gen Regelung gemäss Art. 34 des Reglements über den gesamtkirchlichen Finanzhaushalt dagegen massvoll erhöht (Art. 59 Abs. 1 Bst. f, g + h). Die bisherige Kompetenz hatte, nebst dem unverändert übernommenen absoluten Betrag von max. CHF 20 000, zusätzlich einen relativen Schwellenwert von max. 10%. Die Zehn-Prozent-Regel fällt weg. Der Synodalrat wird für Zusatz- und Nachtragskredite neu somit über eine absolute Nachkreditkompetenz von maximal CHF 20 000 verfügen. Mit dem Wegfall der Zehn-Prozent-Regel wird es dem Synodalrat im Bedarfsfall möglich, auch auf relativ niedrig budgetierten Krediten moderate Nachkredite zu genehmigen.

- Ein weiteres Element, um die Handlungsfähigkeit des Synodalrats in Zukunft gewährleisten zu können, ist eine erweiterte Aufzählung konkreter Ausgaben, welche als gebunden gelten (Art. 66). Für gebundene Ausgaben ist der Synodalrat unabhängig ihrer Höhe zuständig (Art. 59 Abs. 1 Bst. e). Die Aufzählung enthält beispielsweise auch Ausgaben für Abgangsentschädigungen oder Austrittsvereinbarungen, welche der Synodalverband oder die Berner Kirche als Arbeitgeberin oder Anstellungsbehörde zu leisten hat, oder die Brutto-Arbeitgeberlohnkosten im Umfang der von der Synode beschlossenen Stellenpunkte für die gesamtkirchlichen Dienste und der Pfarrstellen im Umfang der von der Synode beschlossenen Vorgaben. Weitere als gebundene Ausgaben definierte Sachverhalte unterstützen den Synodalrat in seiner Führungsaufgabe. Namentlich kann er bei Übertragung neuer Aufgaben durch die Synode an die gesamtkirchlichen Dienste die für die Verwaltungstätigkeit erforderlichen personellen und

sachlichen Ressourcen beschaffen, sofern dies für die effiziente Aufgabenerfüllung unerlässlich ist. Ebenfalls als gebunden gelten Planungs- und Projektierungskosten, die die Vorbereitung eines Projekts betreffen. Der Synodalrat muss den Beschluss über gebundene Ausgaben veröffentlichen, wenn die Synode für eine nicht gebundene Ausgabe in dieser Höhe ordentlicherweise zuständig ist.

- Der Synodalrat verfügt seit 2006 über einen sogenannten «Sammelkredit». Die Ausgaben beliefen sich pro Jahr jeweils auf rund CHF 200 000. Seit 2013 wird der Betrag von CHF 200 000 im Budget eingestellt. Es besteht eine synodalrätliche Richtlinie, welche die Vergabe der Beiträge im Sozial-, Gesundheits-, Fürsorge- und Kulturbereich restriktiv regelt. Der Einsatz der Mittel erfolgt in der Regel so, dass die Wirkung überregional und vorwiegend innerhalb des Kirchengebietes des Synodalverbandes erzielt wird. Der Synodalrat kann mit dem Sammelkredit mit relativ kleinen Beiträgen eine relativ grosse Wertschätzung gegenüber der Landeskirche erwirken. Nach der Totalrevision des Finanzhaushaltsreglements wird dieses wichtige Kommunikationsinstrument über eine der bisherigen Praxis entsprechende, reglementarische Rechtsgrundlage verfügen (Art. 77 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2–3).

- Mit der Totalrevision wird es möglich sein, Mahn- und Dienstleistungsgebühren für klar definierte Sachverhalte erheben zu können (Art. 53 und Anhang 2). Die gebührenpflichtigen Leistungen, den Kreis der Gebührenpflichtigen sowie die Gebührenhöhe legt die Synode im Anhang 2 des Reglements abschliessend fest. Eine Erweiterung der Gebühren oder eine Gebührenerhöhung liegt somit allein in der Kompetenz der Synode. Der Synodalrat hat diesbezüglich keine Kompetenzen. An der bisherigen Praxis, wonach erst gemahnt wird, nachdem die Gründe für den Zahlungsverzug abgeklärt und keine einvernehmliche Lösung gefunden werden konnte, wird festgehalten. Namentlich soll bspw. auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Schuldners angemessen berücksichtigt werden. Mahnungen sollen künftig auch gegenüber Kirchgemeinden für ausstehende Beiträge an den Synodalverband und Guthaben aus Lohnzahlungen für gemeindeeigene Pfarrstellen möglich sein. Um den fristgerechten, vollständigen Nachweis der gesamtgesellschaftlichen Leistungen gegenüber dem Kanton sicherzustellen, ist eine Mahngebühr für Kirchgemeinden vorgesehen, welche die notwendigen Unterlagen nach erfolgloser erster und kostenloser Mahnung nicht termingerecht zustellen.

Das Datum des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen ist von der Synode rückwirkend auf den 1. Januar 2019 festgelegt worden. Das Reglement über den gesamtkirchlichen Finanzhaushalt vom 21. Mai 2019 kann in der Kirchlichen Erlasssammlung ([www.refbejuso.ch](http://www.refbejuso.ch) > Publikationen > Erlasssammlung-kes > 6 Finanzen) eingesehen werden. Als Papierausdruck kann das Reglement auch bestellt werden bei: Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Zentrale Dienste, Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 (bitte adressiertes Rückantwortcouvert beilegen).

### Révision totale

La base juridique relative à la gestion financière et la tenue de la comptabilité date de l'année 1995. Elle se borne à réglementer les bases de la gestion comptable et n'aborde que succinctement les questions de la gestion financière. Dans sa forme présente, le règlement ne satisfait donc plus aux exigences actuelles en matière de gestion comptable et de gestion financière. En décembre 2016, le Conseil synodal a par ailleurs décidé d'adopter au 1<sup>er</sup> janvier 2019 une présentation des comptes conforme au nouveau Modèle comptable harmonisé 2 (MCH2). Les nouvelles tâches qui découlent de la nouvelle loi sur les Eglises nationales ont un impact sur la gestion financière.

Ces diverses nouvelles conditions-cadres rendaient indispensables une refonte des bases juridiques relatives à la gestion financière pour l'ensemble de l'Eglise. C'est la raison pour laquelle le Synode, lors de sa session d'été, a adopté le règlement sur la gestion financière de l'ensemble de l'Eglise dans sa version totalement révisée et décidé de la mettre en vigueur à titre rétroactif au 1<sup>er</sup> janvier 2019.

Dans les lignes qui suivent, nous revenons sur les points essentiels contenus dans le règlement:

- Les compétences du Conseil synodal en matière de dépenses uniques et récurrentes ne seront pas augmentées (art. 59 al. 1 let. a et b).

- Dans le respect de l'art. 17 al. 2 de la Constitution de l'Eglise nationale réformée évangélique (RLE 11.010) et en référence à l'ancienne réglementation soit l'art. 34 du règlement portant sur la gestion financière de l'Eglise dans son ensemble (art. 59 al. 1 let. f, g + h), la compétence de l'octroi de crédits complémentaires et de crédits supplémentaires pour des dépenses uniques et périodiques est substantiellement augmentée. Outre le montant absolu maximal de CHF 20 000 valable dans l'ancienne réglementation et reprise dans la nouvelle, un montant seuil d'un maximum de 10% limitait la dite compétence. La règle des dix pour cent devient caduque et le Conseil synodal dispose désormais pour les crédits additionnels, complémentaires et supplémentaires d'une compétence absolue de CHF 20 000. La suppression de la règle des 10 pour cent permettra au Conseil synodal le cas échéant d'allouer des crédits additionnels modérés pour des crédits dont le montant avait été budgété relativement bas.

- L'élargissement de la liste des dépenses concrètes qualifiées de liées constitue l'autre élément qui garantit au Conseil synodal sa capacité d'action à l'avenir (art. 66). Indépendamment de leur montant, le Conseil synodal est en effet compétent pour les dépenses liées (art. 59 al. 1 let. e). Cette énumération comprend par exemple les dépenses pour des indemnités de départ ou résultant de conventions de départ que l'Union synodale ou l'Eglise bernoise doivent assurer en leur qualité d'employeur ou d'autorité d'engagement mais également les coûts salariaux bruts de l'employeur pour les services généraux correspon-

dant aux points de poste décidés par le Synode et ceux concernant les postes pastoraux à hauteur des prescriptions décidées par ce même Synode. D'autres objets définis comme dépenses liées confortent le Conseil synodal dans sa tâche de direction. Lorsque le Synode confie aux services généraux de nouvelles tâches, il peut mobiliser et fournir les ressources humaines et administratives nécessaires, dans la mesure où cela s'avère indispensable à l'accomplissement d'une tâche. Les coûts de projet et de planification dans le cadre de la préparation d'un projet entrent également dans la catégorie des dépenses liées. Le Conseil synodal doit publier la décision relative à une dépense liée dans le cas où le Synode, pour une dépense non liée d'un montant équivalent, serait normalement compétent.

- Depuis 2006, le Conseil synodal dispose de ce que l'on appelle un «crédit global». Par année, les dépenses s'élèvent à près de CHF 200 000. Depuis 2013, le montant de CHF 200 000 est inscrit au budget. Il existe une directive du Conseil synodal qui réglemente d'une manière restrictive l'octroi de montants dans les domaines du social, de la santé, de la prévoyance et de la culture. En règle générale, les montants sont alloués dans la mesure où l'impact du soutien rayonne sur plusieurs régions et surtout qu'il concerne les régions du ressort territorial de l'Union synodale. Grâce au crédit global, le Conseil synodal peut, par des montants modestes, susciter une reconnaissance relativement grande du travail de l'Eglise nationale. Avec la révision totale du règlement sur la gestion financière, cet outil essentiel de communication bénéficiera d'une base légale réglementaire en phase avec la pratique actuelle (art. 77 al. 1 let. b et al. 2-3).
- La révision totale du règlement autorise, pour des objets clairement définis, la perception d'émoluments de rappel

ou pour des prestations (art. 53 et al. 2). L'annexe 2 du règlement précise le cercle des assujettis aux émoluments de même que leur montant. Seul le Synode a la compétence d'élargir les émoluments ou de procéder à leur augmentation. En la matière, le Conseil synodal est dépourvu de compétences. La pratique actuelle, selon laquelle un rappel n'est envoyé qu'après avoir clarifié les raisons du retard de versement et dans la mesure où aucune solution à l'amiable n'a pu être trouvée, est maintenue. La capacité économique du débiteur doit être en effet prise en considération d'une manière appropriée. Il doit être désormais possible d'adresser des rappels à des paroisses pour des créances en souffrance au débit de l'Union synodale, pour des collectes ordonnées non versées ou des avoirs provenant de versements de salaires pour des postes pastoraux propres à une paroisse. Pour garantir également le transfert complet et dans les délais impartis au canton de la preuve des prestations dispensées par l'Eglise dans l'intérêt général, il est prévu d'assujettir les paroisses à un émolument de rappel dans le cas où ces dernières, après un premier rappel sans frais resté sans réponse, n'auraient toujours pas transmis les documents requis.

Le Synode a fixé la date d'entrée en vigueur des nouvelles dispositions avec effet rétroactif au 1<sup>er</sup> janvier 2019. Le règlement sur la gestion financière de l'ensemble de l'Eglise du 21 mai 2019 peut être consulté dans le Recueil des actes législatifs de l'Eglise ([www.refbejuso.ch](http://www.refbejuso.ch) > publications > recueil-des-lois-rle).

La version imprimée peut également être commandée auprès des Eglises réformées Berne-Jura-Soleure, Services centraux, Altenbergstrasse 66, case postale, 3000 Berne 22 (prière de joindre une enveloppe-réponse adressée).

## LANDESKIRCHLICHE PRÄSENZ AN DEN BEIDEN MESSEN BEA UND MARINATAL

### Referendumspflichtiger Beschluss der Sommersynode 2019

#### **Weiterführung der landeskirchlichen Präsenz an den beiden Messen BEA und MariNatal in ökumenischer Zusammenarbeit in den Jahren 2020 bis 2022.**

Anlässlich der Synodesession vom 20./21. Mai 2019 ist – im Rahmen des Traktandums 10 – folgender Beschluss gefasst worden:

1. «Die Synode beschliesst die Weiterführung der landeskirchlichen Präsenz an den beiden Messen BEA und MariNatal in ökumenischer Zusammenarbeit in den Jahren 2020 bis 2022.
2. Sie genehmigt dafür einen Brutto-Verpflichtungskredit von CHF 570 000.
3. Sie beauftragt den Synodalrat, mit der römisch-katholischen und der christkatholischen Landeskirche einen Vertrag über die Zusammenarbeit und über deren Kostenbeteiligung gemäss IKK-Schlüssel abzuschliessen.
4. Sie verlangt, dass für den neuen Kreditantrag an der Sommersynode 2022 ein detaillierter Bericht vorliegt,

der die Zielvorgaben, eine Besucherstatistik und die Auswertung der Zielvorgaben enthält.»

Der Beschluss zum Verpflichtungskredit steht unter dem Vorbehalt, dass vom Finanzreferendum kein Gebrauch gemacht wird.

Das Referendum kann ergriffen werden

- a) von mindestens 20 000 in kirchlichen Angelegenheiten stimmberechtigten evangelisch-reformierten Kirchenmitgliedern, oder
- b) von mindestens 20 evangelisch-reformierten Kirchgemeinden, welche jede für sich in gesetzmässig einberufener und abgehaltener Kirchgemeindeversammlung einen dahingehenden Beschluss gefasst haben, oder
- c) von der jurassischen Kirchenversammlung.

Das Referendumsbegehren ist bis zum 31. Oktober 2019 zuhänden des Synodalrats des Evangelisch-reformierten Synodalverbandes, Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22, einzureichen.

Rechtsgrundlage: Art. 18 Buchst. c und Art. 23 der Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern vom 19.3.1946 (KES 11.010) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 Buchst. c und Art. 10 der «Jura-Konvention» vom 16.5./14.6.1979 (KES 71.120).

## F PRÉSENCE DES ÉGLISES NATIONALES À LA BEA ET AU SALON MARINATAL

### Décision du Synode d'été 2019 soumise à référendum

#### Maintien de la présence de l'Eglise nationale à la BEA et au salon MariNatal pour la période 2020 à 2022 en collaboration œcuménique.

Lors de sa session des 20 et 21 mai 2019, le Synode a pris la décision suivante dans le cadre du point 10 de l'ordre du jour:

1. «Le Synode décide de maintenir la présence de l'Eglise nationale à la BEA et au salon MariNatal pour la période 2020 à 2022 en collaboration œcuménique.
2. Il approuve à cet effet un crédit d'engagement brut de CHF 570 000.
3. Il charge le Conseil synodal de passer un contrat avec les Eglises nationales catholique romaine et catholique-chrétienne spécifiant le mode de collaboration et de financement selon la clé de répartition des coûts définie par la Conférence interconfessionnelle.

4. Il demande qu'un rapport détaillé indiquant les objectifs, les statistiques de fréquentation et l'évaluation des objectifs soit soumis au Synode d'été en 2022, pour la nouvelle demande de crédit.»

La décision concernant le crédit d'engagement est soumise à la réserve que personne ne fasse usage du référendum financier.

Le référendum peut être demandé

- a) par au moins 20 000 membres de l'Eglise réformée évangélique, possédant le droit de vote en matière ecclésiastique, ou
- b) par au moins 20 paroisses de l'Eglise réformée évangélique dont chacune en a décidé ainsi séparément, lors d'une assemblée de paroisse convoquée et menée conformément à la loi, ou
- c) par l'Assemblée de l'Eglise jurassienne.

La demande de référendum doit être déposée jusqu'au 31 octobre 2019 à l'attention du Conseil synodal de l'Union synodale réformée évangélique, Altenbergstrasse 66, case postale, 3000 Berne 22.

Bases légales: art. 18 let. c et art. 23 de la Constitution de l'Eglise nationale réformée évangélique du canton de Berne, du 19 mars 1946 (RLE 11.010), en relation avec l'art. 6 al. 3 let. c et l'art. 10 de la «Convention jurassienne» du 16 mai / 14 juin 1979 (RLE 71.120)

## VERFASSUNG DER «EVANGELISCH-REFORMIERTEN KIRCHE SCHWEIZ (EKS)»

### Referendumspflichtiger Beschluss der Sommersynode 2019

#### Teilrevision der Kirchenordnung vom 11. September 1990 (KES 11.020) und der Geschäftsordnung für die Synode vom 9. Juni 1999 (KES 34.110)

Anlässlich der Sommersession vom 20./21. Mai 2019 beschloss die Synode im Rahmen des Traktandums 8:

1. Artikel 168 Absatz 7 der Kirchenordnung (KES 11.020), vorbehaltlich eines Referendums, wie folgt anzupassen: «Sie [die Synode] wählt die Delegierten in die *Synode der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz* für die Dauer einer Legislaturperiode. Der Synodalrat hat ein Vorschlagsrecht für vier Abgeordnete.»;
2. auf eine zweite Lesung der Kirchenordnung zu verzichten;
3. Artikel 24 und Artikel 74 der Geschäftsordnung für die Synode (KES 34.110) wie folgt zu ergänzen:  
Artikel 24 Absatz 4 [ergänzen]:
  - a) «<sup>4</sup> Die Fraktionen sind bei der Bestellung der Organe der Synode und der Delegierten für die Synode der *Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS)* angemessen zu berücksichtigen. Die Fraktionen stellen eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter und Generationen in den Gremien sicher. In die EKS-Synode sind

*mindestens zwei Delegierte aus dem französischsprachigen Kirchengebiet zu entsenden.»*

- b) Artikel 74 Absatz 1<sup>bis</sup> [neu]:  
«<sup>1bis</sup> Die Fraktionen können als Delegierte für die EKS-Synode auch stimmberechtigte Kirchenmitglieder vorschlagen, die nicht der Verbandssynode angehören.»

Bisher setzte sich die Delegation in die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) aus neun Mitgliedern zusammen, die zum einen von den Fraktionen (je eine Vertretung), zum andern vom Synodalrat (drei Mitglieder) vorgeschlagen wurden.

Mit der neuen Verfassung der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz (EKS) wird auch eine neue Sitzverteilung in der nationalen Synode gelten. Die Neuerung sieht vor, dass die Mitgliedkirchen für die ersten 50 000 Kirchenangehörigen zwei Delegierte und pro angebrochene weitere 50 000 Kirchenangehörige eine zusätzliche Delegierte oder einen zusätzlichen Delegierten entsenden können. Massgebend ist vorliegend der Mitgliederbestand Ende 2017. Da die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn zu diesem Zeitpunkt über mindestens 600 000 Mitglieder verfügten, wird sich ihre Delegation auf 14 Mitglieder (+ 5) vergrössern.



Nach der bisherigen Regelung in Artikel 168 Absatz 7 der Kirchenordnung hat der Synodalrat «ein Vorschlagsrecht für drei Abgeordnete», was bisher 1/3 der Delegation der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn entsprach. Aufgrund der vergrösserten Delegation wurde von der Synode beschlossen, dass der Synodalrat künftig vier Personen vorschlagen kann.

Die Synode setzte die Änderungen gemäss Ziffer 1 und 3 auf den 1. Januar 2020 in Kraft, vorbehaltlich eines allfälligen Referendums gegen die Anpassung der Kirchenordnung.

Das Referendum kann ergriffen werden

- a) von mindestens 20 000 in kirchlichen Angelegenheiten stimmberechtigten evangelisch-reformierten Kirchenmitgliedern, oder
- b) von mindestens 20 evangelisch-reformierten Kirchgemeinden, welche jede für sich in gesetzmässig einberufener und abgehaltener Kirchgemeindeversammlung einen dahingehenden Beschluss gefasst haben, oder
- c) von der jurassischen Kirchenversammlung.

Das Referendumsbegehren ist bis zum 31. Oktober 2019 zuhanden des Synodalrats des Evangelisch-reformierten Synodalverbandes, Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22, einzureichen.

Rechtsgrundlage: Art. 18 Buchst. a und Art. 23 der Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern vom 19.3.1946 (KES 11.010) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 Buchst. a und Art. 10 der «Jura-Konvention» vom 16. Mai / 14. Juni 1979 (KES 71.120).

## F CONSTITUTION DE L'ÉGLISE ÉVANGÉLIQUE RÉFORMÉE DE SUISSE (EERS) »

### Décision du Synode d'été 2019 soumise à référendum

#### Révision partielle du Règlement ecclésiastique du 11 septembre 1990 (RLE 11.020) et du règlement interne du Synode du 9 juin 1999 (RLE 34.110)

Dans le cadre de sa session d'été des 20/21 mai 2019, le Synode a décidé au point 8 de son ordre du jour:

1. d'adapter comme suit l'article 168 al. 7 du Règlement ecclésiastique (RLE 11.020), sous réserve d'un référendum: «Il [le Synode] élit les délégués au *Synode de l'Eglise évangélique réformée de Suisse* pour la durée d'une législature. Le Conseil synodal dispose d'un droit de présentation pour quatre délégués.»;
2. de renoncer à une seconde lecture du Règlement ecclésiastique;
3. de compléter comme suit les articles 24 et 74 du règlement interne du Synode (RLE 34.110):
  - a) Article 24 alinéa 4 règlement [complément]:  
«<sup>4</sup> L'attribution des mandats dans des organes du Synode et la désignation de la délégation au Synode

*de l'Eglise évangélique réformée de Suisse (EERS) doivent tenir compte des fractions de manière appropriée. Les fractions garantissent une représentation équilibrée des sexes et des générations au sein des organes. Au moins deux déléguées ou délégués de la partie francophone des régions du ressort territorial de l'Eglise doivent être envoyés au Synode de l'EERS.»*

- b) Article 74 alinéa 4 <sup>1bis</sup> [nouveau]:  
«<sup>1bis</sup> Les fractions peuvent également proposer comme déléguées ou délégués au Synode de l'EERS des membres de l'Eglise habilités à voter qui n'appartiennent pas au Synode de l'Union.»

Actuellement la délégation auprès de l'Assemblée des délégués de la Fédération des Eglises protestantes de Suisse (FEPS) est constituée de 9 membres proposés d'une part par les fractions (chacune disposant d'une représentation), d'autre part par le Conseil synodal (3 membres)

La nouvelle constitution de l'Eglise évangélique réformée de Suisse (EERS) entraînera une redistribution des sièges au Synode national. Selon le nouveau système, les Eglises membres pourront envoyer deux déléguées ou délégués jusqu'à 50 000 membres, et une déléguée ou un délégué supplémentaire par tranche de 50 000 membres supplémentaires. La référence est le nombre de membres à fin 2017. Etant donné que les Eglises réformées comptaient à cette date plus de 600 000 membres, la délégation passera à 14 membres (+ 5).

Selon la réglementation en vigueur, le Conseil synodal dispose «d'un droit de présentation pour trois délégués», correspondant à un tiers de la délégation de notre Eglise (art. 168 al. 7, Règlement ecclésiastique). Comme cette délégation va s'agrandir, le Synode a décidé que le Conseil synodal pourra à l'avenir proposer quatre personnes.

Le Synode met en vigueur les modifications énoncées sous les chiffres 1 et 3 au 1<sup>er</sup> janvier 2020 sous réserve d'un éventuel référendum contre l'adaptation du Règlement ecclésiastique.

Le référendum peut être demandé

- a) par au moins 20 000 membres de l'Eglise réformée évangélique, possédant le droit de vote en matière ecclésiastique, ou
- b) par au moins 20 paroisses de l'Eglise réformée évangélique dont chacune en a décidé ainsi séparément, lors d'une assemblée de paroisse convoquée et menée conformément à la loi, ou
- c) par l'Assemblée de l'Eglise jurassienne.

La demande de référendum doit être déposée jusqu'au 31 octobre 2019 à l'attention du Conseil synodal de l'Union synodale réformée évangélique, Altenbergstrasse 66, case postale, 3000 Berne 22.

Bases légales: art. 18 let. a et art. 23 de la Constitution de l'Eglise nationale réformée évangélique du canton de Berne, du 19 mars 1946 (RLE 11.010), en relation avec l'art. 6 al. 3 let. a et l'art. 10 de la «Convention jurassienne» du 16 mai / 14 juin 1979 (RLE 71.120).

## Verschiebung

Leider kann die bevorstehende Wintersynode nicht wie ursprünglich vorgesehen am 10. und 11. Dezember 2019 stattfinden. Grund hierfür ist ein kürzlich erfolgter Beschluss des Grossen Rates des Kantons Bern, seine Winter-session bis zum 11. Dezember 2019 zu verlängern. Gemäss dem Reglement über die Benützung des Rathauses genießt der Grosse Rat in solchen Konstellationen immer den Vorrang.

Die Kirchenkanzlei hat geprüft, ob der Tagungsort an einen anderen Standort verlegt werden könnte. Es liess sich indes keine geeignete Örtlichkeit finden, welche im fraglichen Zeitraum zur Verfügung gestanden wäre. An die Räumlichkeit ordentlicher Synodesessionen bestehen vielfältige Anforderungen. So muss eine gute Erreichbarkeit gewährleistet und eine Übersetzungsinfrastruktur vorhanden sein. Auch ist es für die effiziente Durchführung der Synode zentral, dass eine Abstimmungsanlage für rund 200 Personen zur Verfügung steht.

Die Fraktionskonferenz hat aus diesen Gründen beschlossen, dass die Wintersynode 2019 weiterhin im bernischen Rathaus durchgeführt wird. Mit Unterstützung der Rathausverwaltung konnten die folgenden Verschiebungstermine für die bevorstehende Wintersynode gefunden werden:

- Montag, 16. Dezember 2019
- Dienstag, 17. Dezember 2019 (vormittags)
- Mittwoch, 18. Dezember 2019 (vormittags)

## KOLLEKTEN-AUFRUF ZUM BIBELSONNTAG 2019

### «Das Wort, das Zugang verschafft»

Die Schweizerische Bibelgesellschaft lädt anlässlich des diesjährigen Bibelsonntags am 25. August 2019 zur Taufe durch Philippus (Apg 8,26-40) ein und zum Thema «Das Wort, das Zugang verschafft».

Die Bibelsonntags-Kollekte und Spenden sind bestimmt für die Schweizerische Bibelgesellschaft. Grundsätzlich unterstützt und fördert sie wissenschaftlich fundierte Übersetzungen und Revisionen der biblischen Texte. In ihrer Vision heisst es weiter, dass jeder Mensch, der sich eine Bibel wünscht, sie in seiner Muttersprache finden soll und er sie sich auch leisten kann.

Die Unterlagen zum Bibelsonntag mit Vorschlägen zu Bibelarbeiten und Gottesdienstgestaltung finden Sie ab Juli unter [www.die-bibel.ch](http://www.die-bibel.ch). Die Unterlagen können auch in Papierform bei der Schweizerischen Bibelgesellschaft zum Preis von CHF 10.– bestellt werden bei [esther.boder@die-bibel.ch](mailto:esther.boder@die-bibel.ch).

Der Synodalrat dankt Ihnen herzlich für Ihr Engagement und Ihre Spenden und bittet die Kirchgemeinden um Überweisung an: Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Gesamtkirchliche Kollekten, PC 31-702745-4, IBAN CH39

## F SYNODE D'HIVER 2019 Report

Nous sommes au regret de devoir vous communiquer que le prochain Synode d'hiver ne pourra pas avoir lieu comme prévu les 10 et 11 décembre 2019. La décision du Grand Conseil du canton de Berne de prolonger sa session d'hiver jusqu'au 11 décembre 2019 en est la raison. Selon le règlement relatif à l'utilisation de l'Hôtel du gouvernement, dans une telle constellation, le Grand Conseil dispose toujours d'une priorité.

La chancellerie de l'Eglise a examiné la possibilité de transférer le Synode vers un autre lieu. Malheureusement, aucun local adapté n'a pu être trouvé aux dates prévues. Les sessions ordinaires du Synode doivent en effet répondre à des exigences particulières en termes d'infrastructures et d'accessibilité notamment pour la traduction. De même, il est essentiel de disposer d'une installation d'enregistrement des votes pour 200 personnes.

Pour ces raisons, la conférence des fractions a décidé que le déroulement du Synode d'hiver 2019 serait maintenu à l'Hôtel du gouvernement. En concertation avec les services administratifs de ce dernier, les dates suivantes ont été retenues pour la session d'hiver à venir:

- lundi 16 décembre 2019
- mardi 17 décembre 2019 (le matin)
- mercredi 18 décembre 2019 (le matin)

0900 0000 3170 2745 4, Vermerk «Bibelsonntagskollekte». Besten Dank.

Weitere Informationen: [www.die-bibel.ch](http://www.die-bibel.ch)

## F APPEL À LA COLLECTE: DIMANCHE DE LA BIBLE 2019 «La Parole qui fournit l'accès»

A l'occasion du Dimanche de la Bible, la Société biblique suisse vous invite le 25 août au baptême de Philippe (Ac 8,26-40) et vous propose le thème «La Parole qui fournit l'accès».

La collecte et les dons seront attribués à la Société biblique suisse. Elle soutient et promeut en général la traduction et la révision scientifiquement fondées des textes bibliques. Sa vision dit en plus que chaque personne qui le souhaite doit pouvoir obtenir les textes bibliques dans la langue de son cœur et à un prix correspondant à ses moyens financiers.

Dès août 2019, vous trouverez sur [www.la-bible.ch](http://www.la-bible.ch) des modèles de cultes et d'études bibliques, ainsi qu'un appel à la collecte. Si vous le désirez, le dossier complet sur papier vous sera envoyé par poste au prix de CHF 10.-; veuillez pour cela vous adresser à la Société biblique suisse, [dolly.clottu@la-bible.ch](mailto:dolly.clottu@la-bible.ch).

Le Conseil synodal vous remercie pour votre engagement et pour vos dons et prie les paroisses de verser le fruit de la collecte du Dimanche de la Bible sur le compte CCP 31-702745-4, IBAN CH39 0900 0000 3170 2745 4, mention «Collecte Dimanche de la Bible». Un grand merci à tous. Pour plus d'information: [www.la-bible.ch](http://www.la-bible.ch)

## KIRCHENSONNTAG 2020

### «Über meinen Glauben sprechen»

Angeregt durch den Leitsatz «Vielfältig glauben – Profil zeigen» aus unserer Vision Kirche 21, fragen wir am Kirchensonntag nach unserem Glauben und kommen mit anderen darüber ins Gespräch.

Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Und was ist der Sinn des Lebens? Ausgehend von grossen und auch weniger grossen Lebensfragen, die uns manchmal unerwartet – zum Beispiel aus einem neugierigen Kindermund – treffen, kommen wir über unseren persönlichen Glauben ins Gespräch. Gerade weil es vielen von uns schwerfällt, wir keine passenden Worte dafür finden oder uns solche Gespräche im täglichen Leben gänzlich ungewohnt geworden sind, lassen wir uns am Kirchensonntag bewusst darauf ein.

Unsere Kirche ist vielfältig, weil verschiedene Menschen ihr Leben und ihren Glauben ganz unterschiedlich verstehen, deuten und leben. Damit die Vielfalt jedoch nicht zur Beliebigkeit verkommt, braucht es als Gegenpol immer wieder das gemeinsame Gespräch, den Austausch, das sich gegenseitig Verständlichmachen und Hinterfragen, die Auseinandersetzung über Glaubensfragen. Es geht auch darum, eine zeitgemässe Sprache für den eigenen Glauben zu finden, welcher sich aus biblischen Texten nährt, sich mit diesen verwebt und so vielfältig verständlich werden kann.

Dazu werden wir uns überlegen, was uns persönlich an unserem Glauben wichtig ist, welche biblischen Aussagen uns prägen, welche zentralen Glaubensaussagen unsere Lebenshaltung beeinflussen, was wir vielleicht davon auch weitertragen möchten. Anhand ausgewählter Glaubensfragen kommen wir mit anderen ins Gespräch, lassen uns herausfordern und versuchen, unseren Glauben genauer zu fassen.

Es geht um den Versuch, unserem Glauben Ausdruck zu verleihen, ihn im gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Zu einem (Glaubens-)Gespräch gehört der gemeinsame Austausch mit ähnlich Denkenden, anders Gesinnten, nahen Fremden oder auch fernen Unbekannten. Wenn das am Kirchensonntag gelingt, sind wir um ein Vielfaches reicher.

#### Kontakt

Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn,  
Gemeindedienste und Bildung, Annemarie Bieri,  
Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22,  
Tel. 031 340 25 06, [annemarie.bieri@refbejuso.ch](mailto:annemarie.bieri@refbejuso.ch)

#### Fachtagung zum Kirchensonntag 2020

Samstag, 14. September 2019, Campus Muristalden, Bern

## F DIMANCHE DE L'ÉGLISE 2020 «Ce que je crois: parlons-en!»

Dans le prolongement de l'idée directrice de la Vision Eglise 21 «Vivre la foi au pluriel – tenir un profil clair» nous proposons pour le Dimanche de l'Eglise de s'interroger sur ses convictions personnelles et d'entrer en dialogue avec d'autres personnes.

D'où venons-nous? Où allons-nous? Et quel est le sens de la vie? En partant de questions existentielles – petites et grandes – qui nous sont posées parfois d'une manière inattendue, par exemple dans la bouche d'un petit enfant curieux – nous sommes amenés à parler de notre foi. C'est précisément parce que nous avons du mal à en parler, que nous ne trouvons pas les mots justes ou qu'aborder le sujet dans la vie quotidienne ne nous est pas familier, entrons résolument dans ce thème lors du Dimanche de l'Eglise.

La diversité de notre Eglise découle de la manière très diverse avec laquelle des individus divers comprennent et interprètent leur vie et leur foi. Néanmoins, le dialogue, l'échange, la recherche d'une compréhension réciproque et l'approfondissement des questions de foi doivent être ce contrepois qui nous préserve du danger d'une trop grande dispersion. Il s'agit de se confronter à des textes bibliques nourrissant notre foi et de donner un langage d'aujourd'hui à l'expression de cette foi.

Le thème proposé du Dimanche de l'Eglise doit contribuer à réfléchir à ce à quoi nous tenons dans notre foi, quels récits bibliques nous ont marqués, quels sont aussi les messages bibliques qui influencent nos attitudes de vie que nous aimerions aussi transmettre à d'autres. En nous basant sur une sélection de questions relevant de la foi, nous entrons en dialogue avec les autres, nous laissons interroger et cherchons à cerner les contours de notre foi.

Nous essayons de donner une expression à notre foi et de l'intégrer dans le discours de société. L'échange conjoint avec des personnes avec lesquelles nous sommes en communion de pensée, ainsi qu'avec celles qui pensent autrement, des gens de notre entourage et d'autres qui nous sont éloignés, nous est important. Dans la mesure où nous y parviendrons lors du Dimanche de l'Eglise, nous en serons enrichis.

#### Contact

Eglises réformées Berne-Jura-Soleure,  
Paroisses et formation, Annemarie Bieri,  
Altenbergstrasse 66, case postale, 3000 Berne 22,  
Tél. 031 340 25 06, [annemarie.bieri@refbejuso.ch](mailto:annemarie.bieri@refbejuso.ch)

# Ergänzungswahlen in die Synode (Herbst/Winter 2019)

vom 20. Juni 2019

*Der Synodalrat,*

in Berücksichtigung, dass im Gebiet der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Bern 7 Synodesitze vakant sind, nämlich aus den Bezirken Seeland (1), Bern-Mittelland Nord (2), Bern-Mittelland Süd (3) und Thun (1), sowie dass eine weitere Vakanz in Bezug auf die Vertretung der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Jura besteht, zum Zweck, an der Synodesession vom 16. bis 18. Dezember 2019 die Ergänzungswahlen zu erwahren und damit die Synode zu komplettieren, gestützt auf Art. 63 Abs. 3 Gesetz über die bernischen Landeskirchen vom 6. Mai 1945<sup>1</sup>, Art. 5 Abs. 2 Konvention zwischen der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern und der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Jura über die Schaffung eines Synodalverbandes vom 16. Mai / 14. Juni 1979<sup>2</sup>, Art. 2 Abs. 2 Übereinkunft zwischen den Ständen Bern und Solothurn betreffend die kirchlichen Verhältnisse in den evangelisch-reformierten Kirchgemeinden des Bucheggberges und der Bezirke Solothurn, Lebern und Kriegstetten vom 23. Dezember 1958<sup>3</sup> und Art. 7 Abs. 1 des Reglements über die Ergänzungswahlen in die Synode (Synodewahlreglement) vom 28. Mai 2013<sup>4</sup>, beschliesst:

## Art. 1 Rücktrittserklärung

Rücktrittserklärungen von Synodalen, die erst nach dem 15. Juni 2019 erfolgen, werden nicht im diesjährigen Ergänzungswahlverfahren berücksichtigt (Art. 5 Abs. 1 Synodewahlreglement).

## Art. 2 Koordination

- Der Bezirksvorstand koordiniert das Vorgehen beim Erörtern des Sitzanspruchs und ist bestrebt, im Konfliktfall eine Einigung herbeizuführen.
- Er legt fest, innert welcher Frist die Kirchgemeinden ihre Wahlvorschläge einreichen müssen.

## Art. 3 Wahlvorschlag

- Enthält das Organisationsreglement des Bezirks keine andere Festlegung, so stellt das zuständige Organ der Kirchgemeinde einen Wahlvorschlag auf.
- Es können nur wahlfähige Personen vorgeschlagen werden.<sup>5</sup>
- Der Wahlvorschlag ist dem Bezirk spätestens am 16. August 2019 mitzuteilen, falls der Bezirksvorstand keine andere Festlegung getroffen hat.

## Art. 4 Durchführung der Wahl

- Gemäss den Bestimmungen des Bezirks nimmt die Bezirkssynode oder der Bezirksvorstand bis zum 20. September 2019 die Ergänzungswahl vor.
- Werden nicht mehr Vorschläge eingereicht als Personen zu wählen sind, kann das Wahlorgan die Vorgeschlagenen als still gewählt erklären.

## Art. 5 Wahlanzeige, Nichtannahmeerklärung

- Die Wahl wird der betroffenen Person umgehend schriftlich mitgeteilt.
- Die gewählte Person kann innert fünf Tagen nach Erhalt der Wahlanzeige gegenüber dem Wahlorgan erklären, dass sie die Wahl nicht annimmt.

## Art. 6 Mitteilung an Synodalrat

- Der Bezirk stellt innert 10 Tagen nach Durchführung der Wahl, spätestens aber bis zum 7. Oktober 2019, der Kirchenkanzlei<sup>6</sup> der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn ein Doppel des Wahlprotokolls<sup>7</sup> sowie allfällige Nichtannahmeerklärungen zu.
- Fand eine geheime Wahl statt, so sind die Wahlzettel oder -listen in versiegelter Form beizulegen.

## Art. 7 Bezirkssynode Solothurn

Die besonderen Bestimmungen für die Ergänzungswahl von Personen aus dem kirchlichen Bezirk Solothurn bleiben vorbehalten.

## Art. 8 Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Bern, 20. Juni 2019

NAMENS DES SYNODALRATES

Der Präsident: *Andreas Zeller*

Der Kirchenschreiber: *Christian Tappenbeck*

<sup>1</sup> BSG 410.11.

<sup>2</sup> KES 71.120.

<sup>3</sup> BSG 411.232.12.

<sup>4</sup> KES 21.220.

<sup>5</sup> Zur Wahlfähigkeit vgl. Art. 7 Verfassung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern vom 19. März 1946 (KES 11.010) und Art. 2 Reglement über die Ergänzungswahlen in die Synode vom 28. Mai 2013 (Synodewahlreglement; KES 21.220).

<sup>6</sup> Adresse: Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Kirchenkanzlei, Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22.

<sup>7</sup> Zum Wahlprotokoll vgl. Art. 9 Synodewahlreglement.

F

ARRÊTÉ ÉLECTORAL

relatif aux élections complémentaires au Synode (automne/hiver 2019) du 20 juin 2019

*Le Conseil synodal,*

considérant que, sur le territoire de l'Eglise réformée évangélique du canton de Berne, 7 sièges de députés au Synode sont vacants, répartis dans les arrondissements de Seeland (1), Berne-Mittelland Nord (2), Berne-Mittelland Süd (3) et Thoun (1), ainsi que de l'Eglise évangélique réformée de la République et Canton du Jura (1), dans le but de valider les élections complémentaires lors de la session du Synode d'hiver du 16 au 18 décembre 2019, et de réunir ainsi un Synode au complet, vu l'art. 63, al. 3, de la loi sur les Eglises nationales bernoises du 6 mai 1945<sup>1</sup>, vu

l'art. 5, al. 2, de la Convention concernant la création d'une Union synodale des 16 mai et 14 juin 1979<sup>2</sup>, vu l'art. 2, al. 2, de la Convention entre les Etats de Berne et de Soleure concernant la situation confessionnelle des paroisses réformées évangéliques du Bucheggberg et des districts de Soleure, Lebern et Kriegstetten du 23 décembre 1958<sup>3</sup>, vu l'art. 7, al. 1, du Règlement concernant les élections complémentaires au Synode du 28 mai 2013<sup>4</sup>, arrête,

#### Art. 1 Démission de députées et de députés

La procédure d'élections complémentaires de cette année ne prendra pas en compte les démissions présentées après le 15 juin 2019 (art. 5, al. 1, Règlement concernant les élections complémentaires au Synode).

#### Art. 2 Coordination

- <sup>1</sup> Le comité du Synode d'arrondissement coordonne la procédure de détermination des droits à un siège et, en cas de conflit, s'efforce de parvenir à un accord.
- <sup>2</sup> Il fixe le délai imparti aux paroisses pour déposer leurs propositions.

#### Art. 3 Proposition

- <sup>1</sup> Sauf disposition contraire du Règlement d'organisation de l'arrondissement, l'organe compétent de la paroisse fait une proposition.
- <sup>2</sup> Les propositions ne peuvent concerner que des personnes éligibles<sup>5</sup>.
- <sup>3</sup> Sauf disposition contraire prise par le comité du Synode d'arrondissement, la proposition doit être communiquée à l'arrondissement au plus tard le 16 août 2019.

#### Art. 4 Organisation des élections

- <sup>1</sup> Conformément aux dispositions en vigueur, le Synode d'arrondissement, ou le comité du Synode d'arrondissement, organise l'élection complémentaire d'ici au 20 septembre 2019.
- <sup>2</sup> Si le nombre des candidates et candidats proposés ne dépasse pas celui des personnes à élire, l'organe électoral peut les déclarer élus tacitement.

#### Art. 5 Avis d'élection, non-acceptation de l'élection

- <sup>1</sup> La personne élue est immédiatement informée de son élection par écrit.
- <sup>2</sup> A réception de l'avis d'élection, la personne élue dispose de cinq jours pour déclarer à l'organe d'élection qu'elle n'accepte pas son élection.

#### Art. 6 Communication au Conseil synodal

- <sup>1</sup> Dans les dix jours qui suivent les élections, mais au plus tard le 7 octobre 2019, l'arrondissement présente à la chancellerie<sup>6</sup> des Eglises réformées Berne-Jura-Soleure un double du procès-verbal des élections<sup>7</sup> ainsi que les éventuelles déclarations de non-acceptation de l'élection.
- <sup>2</sup> Si l'élection a eu lieu à bulletin secret, les bulletins ou listes de vote sont mis sous scellés.

#### Art. 7 Arrondissement ecclésiastique de Soleure

Les dispositions spéciales régissant les élections complémentaires de personnes provenant de l'arrondissement ecclésiastique de Soleure restent réservées.

#### Art. 8 Entrée en vigueur

Cet arrêt électoral entre en vigueur avec effet immédiat.

Berne, 20 juin 2019

AU NOM DU CONSEIL SYNODAL

Le président: *Andreas Zeller*

Le chancelier: *Christian Tappenbeck*

<sup>1</sup> RSB 410.11.

<sup>2</sup> RLE 71.120.

<sup>3</sup> RSB 411.232.12.

<sup>4</sup> RLE 21.220.

<sup>5</sup> Au sujet de l'éligibilité, voir art. 7, Constitution de l'Eglise nationale réformée évangélique du canton de Berne du 19 mars 1946 (RLE 11.010), et art. 2, Règlement concernant les élections complémentaires au Synode du 28 mai 2013 (RLE 21.220).

<sup>6</sup> Adresse: Eglises réformées Berne-Jura-Soleure, Chancellerie de l'Eglise, Altenbergstrasse 66, case postale, 3000 Berne 22.

<sup>7</sup> Voir art. 9, Règlement concernant les élections complémentaires au Synode.

## KOLLEKTENERGEBNIS

### Kirchensonntag 2019

Die Kollekte zum Kirchensonntag 2019 stand unter dem Rahmenthema «Reichtum verpflichtet – Armut auch». Sie ergab den Betrag von CHF 53 766.09 und wurde zu je einem Drittel an das Projekt «HEKS, Schutz für nomadische Viehzüchterfamilien in Niger», «Cartons du Cœur, Jura bernois» und die «Passantenhilfe der Ökumenischen Nothilfe im Kanton Solothurn» vergeben. Ergebnisse der Vorjahre: 2018: CHF 50 118.05; 2017: CHF 53 572.05; 2016: CHF 46 603.90.

## F RÉSULTAT DE LA COLLECTE Dimanche de l'Eglise 2019

La collecte du Dimanche de l'Eglise 2019 était consacrée au thème «Là où est ton trésor...». Elle a permis de récolter le montant de CHF 53 766.09 qui a été versé aux projets suivants à raison d'un tiers chacun: «EPER, protection pour les éleveurs nomades du Niger», «Cartons du Cœur, Jura bernois» et «Aide aux sans-abri de l'aide œcuménique d'urgence dans le canton de Soleure». Résultats des années précédentes: 2018: CHF 50 118.05; 2017: CHF 53 572.05; 2016: CHF 46 603.90.